

# Mein

# NEWSLETTER aus Gemeinden & Berlin



**Bernd Rützel**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 2 | Februar 2015

## LIEBE LESERINNEN UND LESER!

Das neue Jahr begann mit einem Paukenschlag: dem Anschlag auf das Pariser Satireblatt „Charlie Hebdo“ am 07.01.2015. Zwölf Menschen starben. Fünf weitere Menschen fielen einen Tag später Attentaten zum Opfer. Ein Schwerpunkt dieses Newsletter sind die Geschehnisse in Frankreich und mögliche Konsequenzen.

Innenpolitisch schaue ich noch einmal auf den Mindestlohn. Gerade gestartet schlägt ihm von vielen Seiten Kritik entgegen. Dem will ich begegnen.

Und natürlich berichte ich auch diesmal von Terminen und Gesprächen, die ich in den letzten Wochen hatte.

Viele Grüße!

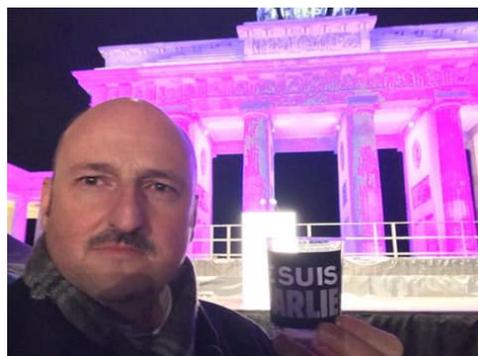


## MAHNWACHE IN BERLIN

Am Dienstag, 13.01.2015, schloss sich die SPD-Bundestagsfraktion einer Mahnwache an, zu der der Zentralrat der Muslime aufgerufen hatte. Sie stand unter dem Motto:

**„Für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland - für Meinungs- und Religionsfreiheit“.**

Mehr als zehntausend Menschen waren zum Brandenburger Tor gekommen, um in Berlin gemeinsam Gesicht zu zeigen – gegen Hass und Gewalt, für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland.



## INHALT

- 02 ... Mindestlohn
- 03 ... Klartext
- 04 ... Das Land steht zusammen
- 05 ... Gesagt, Getan, Gerech - Bericht aus der Fraktionsklausur
- 07 ... Lisas Post aus USA
- 08 ... Vor Ort in Unterfranken
- 10 ... MdL Rosenthal berichtet

## KONTAKT

**Bürgerbüro Gemeinden**

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

**Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

# Aus dem PARLAMENT



## MINDESTLOHN

wettbewerb der Unternehmen werden dank ihm wirksam begrenzt. Vor



Neben den Anschlägen von Paris hat mich politisch in diesem Monat am meisten der Mindestlohn beschäftigt. Zum 1.1.2015 ist er in Kraft getreten. Noch keine vier Wochen sind seitdem vergangen und das Geschrei ist groß – auch in der Union, die dem Gesetz doch zugestimmt hat. Für mich ist klar: Der Mindestlohn stand im Koalitionsvertrag, wir haben ihn umgesetzt und das muss jetzt auch gelten!

Wir haben zehn Jahre lang an der Seite der Gewerkschaften für den Mindestlohn gekämpft. Lohndumping und unfairer Unterbietungs-

alles für Frauen, die besonders oft von niedrigen Löhnen betroffen sind, ist der Mindestlohn wichtig.

In den vergangenen Jahren war der Niedriglohnsektor stetig gewachsen, fast jeder fünfte arbeitete 2012 für einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro. Viele von ihnen waren gezwungen, ihren Lohn mit Hartz-IV aufzustocken. Ein Zustand der für die Betroffenen und für die Allgemeinheit, denen diese Kosten aufgelastet wurden, unzumutbar ist. Der Mindestlohn macht Schluss damit.

Das Gesetz muss jetzt wirken. Das werden wir aufmerksam begleiten. Wir haben die Gründung einer Mindestlohnkommission unter Leitung

von Henning Voscherau vereinbart, die sowohl die Höhe der Mindestlöhne beobachtet als auch weitere Folgen des Gesetzes. Sollte es notwendig werden, sind Nachsteuerungen nicht ausgeschlossen – aber erstmal muss die Kommission ihre Arbeit aufnehmen, dann können wir sehen, ob und welche Weiterentwicklungen notwendig und angemessen sind!

In der Kritik stehen vor allem zwei Aspekte der Umsetzung des Mindestlohns: die **Dokumentationspflicht** und der **Mindestlohn bei Sportvereinen bzw. für ehrenamtliche Tätigkeiten**.

Für Wirtschaftsbereiche, die besonders oft mit Schwarzarbeit zu tun haben, und für Minijobs haben wir eine **Aufzeichnungspflicht** eingeführt. Wir wollen, dass der Mindestlohn eingehalten wird. Er bezieht sich auf die Bezahlung pro Stunde und dafür ist nicht nur die Lohnhöhe entscheidend, sondern eben auch die Arbeitszeit.

Die Dokumentation erfordert keine spezielle Form. Ein einfacher, handschriftlicher Stundenzettel reicht, den die Beschäftigten auch selber ausfüllen können – ein Vorgang, der am Tag wohl unter einer Minute Zeit in Anspruch nimmt.

Für Minijobber in Privathaushalten gilt die Aufzeichnungspflicht nicht.

# Aus dem PARLAMENT



Und für die gewerblich geringfügig Beschäftigten ist die Aufzeichnungspflicht nicht neu! Schon bisher sahen die Geringfügigkeitsrichtlinien die Dokumentation der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit vor.

Der Mindestlohn gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er regelt aber nicht die Vergütung von ehrenamtlich Tätigen.

Das **Ehrenamt** zeichnet sich dadurch aus, dass eine Bezahlung nicht erwartet wird, so die ständige Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. Es dient nicht der Sicherung oder Besserung der wirtschaftlichen Existenz, sondern ist Ausdruck einer inneren Einstellung, einer Haltung gegenüber den Erfordernissen des Gemeinwohls. Das schließt die Zahlung von Pauschalen oder Aufwandsentschädigungen nicht aus. Das Mindestlohngesetz findet in diesem Bereich aber keine Anwendung.

Anders ist es bei den „**Quasi-Freiwilligen**“. Die sind zwar zumeist auch aus einer gemeinnützigen Motivation heraus tätig, werden aber von ihren Vereinen oder Organisationen als Minijobber angemeldet, weil das

steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorteilhaft ist – und gelten damit regelmäßig als Arbeitnehmer.

Die Differenzierung erfolgt also nicht danach, wie produktiv eine Tätigkeit ist, welchen Zwecken sie dient oder ob sie gesellschaftlich eher begrüßt oder missbilligt wird. Wer aber als Arbeitnehmer in Vereinen, Eingliederungsbetrieben, kirchlichen oder caritativen Einrichtungen tätig ist, der hat Anspruch auf Mindestlohn. Eine Kombination von geringfügiger Beschäftigung und Ehrenamt ist möglich, wenn sich aus dem Arbeitsvertrag ergibt, welche Leistung in welchem Umfang Bestandteil des Minijobs ist.

Unter [www.der-mindestlohn-gilt.de](http://www.der-mindestlohn-gilt.de) gibt es ganz viele weitere Informationen zum Mindestlohn. Außerdem hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Hotline eingerichtet. Dort werden von Montag bis Donnerstag, 08.00 bis 20.00 Uhr, alle Fragen rund um den Mindestlohn beantwortet.

 **Mindestlohn-Hotline**  
**030/60 28 00 28**

## KLARTEXT

### MINDESTLOHN!

Der Mindestlohn ist seit Jahresanfang Gesetz. Die SPD hat Wort gehalten, Millionen ArbeitnehmerInnen profitieren. Sie müssen nicht mehr für ein Almosen malochen, denn anders kann man Stundenlöhne von drei oder vier Euro nicht nennen.

Was mich ärgert, ist die Trickerei, mit der manche Unternehmen versuchen den Mindestlohn zu hintergehen. Sie gehen dabei geradezu mit Akribie vor, in dem sie beispielsweise den Zeiteinsatz für die gleich gebliebene Leistung drastisch reduzieren – wie bei Zeitungszustellern.

Deshalb stellen wir 1.600 zusätzliche Kontrolleure beim Zoll ein. Und wir brauchen das Bewusstsein in der Öffentlichkeit, dass der Mindestlohn den Arbeitnehmern und Familien, also den Verbrauchern, Vorteile bringt und somit letztendlich auch den Unternehmern.

Der gesetzliche Mindestlohn hat nur einen Nachteil: Er hätte früher kommen sollen.

# Aus dem PARLAMENT



## DAS LAND STEHT ZUSAMMEN

Die Terroranschläge von Paris schüren Ängste. Sie waren ein gezielter Angriff auf die freie Presse und damit auf einen ganz wesentlichen Baustein unserer freiheitlichen Demokratie. „Charlie Hebdo“ hat sich davon nicht einschüchtern lassen – und auch wir sollten es nicht. Deshalb muss die Reaktion besonnen bleiben, um eine Spirale aus Vorurteilen, Ablehnung und Gewalt zu verhindern und damit eine Spaltung unserer Gesellschaft.

Der Staat ist verantwortlich für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Das ist Grundlage und Voraussetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Aber er muss auch die demokratischen Grundwerte schützen. Zu prüfen ist deshalb immer, ob eine Verschärfung von Sicherheitsgesetzen tatsächlich zu einem Mehr an Sicherheit führt und ob die Bürger- und Freiheitsrechte gewahrt sind.

Justizminister Heiko Maas wird ein Maßnahmenpaket vorlegen, das die Reise von Islamisten in Terrorcamps härter unter Strafe stellt. Künftig soll jegliche finanzielle Unterstützung

von Terrororganisationen strafbar sein. Die Koalition wird außerdem die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit ausreisewillige Dschihadisten der Personalausweis entzogen werden kann. Potenzielle Gefährder und gewaltbereite Rückkehrer müssen überwacht werden, auch eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist notwendig.

Ganz wichtig ist außerdem eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa zu verhindern.

Die Terroranschläge in Paris lenken den Blick auf die Situation der Muslime in Deutschland. Wenn jetzt Millionen friedfertiger Muslime in Deutschland mit den Terroristen in einen Topf geworfen werden, dann ist das eine unverantwortliche politische Brandstiftung, die leicht zu einer Eskalation der Gewalt führen kann. Das ist der Vorwurf, den ich Pegida und seinen Ablegern mache. Sie spielen mit Ressentiments und machen Stimmung gegen Andersgläubige und Zuwanderer. Ich bin froh, dass die Zahl der Gegende-

monstranten die der Pegida-Anhänger deutlich überschreitet. Für mich ist das ein starkes Zeichen, dass die Demokratie in Deutschland funktioniert. Es zeigt uns aber auch, dass man für sie einstehen muss! Wir müssen nicht immer auf die Barrikaden steigen, aber wenn es erforderlich ist unsere Meinung auch mal auf die Straße tragen.

Das Bild, das im Ausland durch die Pegida-Märsche entsteht – darauf hat Frank-Walter Steinmeier hingewiesen – ist extrem negativ. Das kann sich eine Exportnation wie Deutschland nicht leisten.

Ich finde es nachvollziehbar, dass Sigmar Gabriel am Dialogforum der Sächsischen Landesanstalt für Politische Bildung teilgenommen hat, auf der Pegida-Anhänger und –Gegner zu Wort kamen. Ich spreche auch mit Menschen, die nicht immer meiner Meinung oder der der SPD sind. Bei einer so großen Zahl an Teilnehmern muss man offen für Gespräche sein, aber man muss auch ganz klare Kante zeigen. Denn auch, wenn Pegida sich gerade selbst zu zerlegen scheint, ihre politische Einstellung ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

# Aus dem PARLAMENT



## GESAGT – GETAN – GERECHT

### Was wir als nächstes umsetzen

Wie jedes Jahr beginnt die Arbeit im Deutschen Bundestag mit einer Klausursitzung zum Jahresauftakt. Für mich war es nun schon die zweite. Es ist unglaublich, wie schnell die Zeit vergeht – und wir haben noch sehr viel vor!

### Weiterentwicklung sozialdemokratischer Zukunftsthemen

Neben den Anliegen der „mittleren Generation“ lag ein Schwerpunkt unserer Klausur am 8. und 9. Januar 2015 in Berlin auf dem Thema Integration und Zuwanderung. Überschattet wurde die Fraktionsklausur vom Terroranschlag in Paris.

### Motor der Koalition

Auch 2015 wird die SPD im Bundestag weitere Projekte umsetzen, die sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Zu den wichtigsten Punkten für 2015 gehören die **Verbesserung der Situation von Leiharbeitern** und die **Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen**.



Unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat ein Konzept für den **Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit** vorgelegt. Damit wollen wir mehr Chancen und soziale Teilhabe möglich machen. Die Eckpunkte sollen nun konkretisiert und umgesetzt werden.

Weitere Themen, die wir vorantreiben wollen, sind die **Lohngleichheit von Männern und Frauen** und die **Frauenquote**. Opfer von **Menschenhandel** und **Zwangsprostitution** wollen wir besser schützen und Täter wirksamer bestrafen.

Das so genannte unkonventionelle **Fracking** ist mit großen Risiken verbunden und wurde nicht ausreichend erforscht. Deshalb wollen wir es verbieten und nur Erprobungs-

maßnahmen unter strengen Auflagen zulassen. Für konventionelles Fracking, das bereits seit den 60er-Jahren in Deutschland zum Einsatz kommt, werden die Voraussetzungen deutlich verschärft.

### Die „gehetzte Generation“ unterstützen

Politik für die Menschen – das ist mein Anspruch. Deswegen finde ich es gut, dass wir uns bei der künftigen Arbeit verstärkt um die mittlere Generation kümmern wollen. Die sog. „Gehetzte Generation“ im Alter von etwa 30 – 59 gestaltet ihr Leben eigenständig und ist dabei einer der Leistungsträger unserer Gesellschaft. Gleichzeitig sind in diesem Alter die Anforderungen, die der Beruf auf der einen Seite und familiäre so-

# Aus dem PARLAMENT



wie persönliche Anliegen auf der anderen Seite mit sich bringen, enorm. Kindererziehung oder die Pflege der eigenen Eltern sind Aufgaben, denen wir uns gerne stellen, die aber auch belastend sein können. Die 'Sandwich-Generation' erwartet zu Recht, dass wir Antworten auf ihre Erwartungen und Bedürfnisse finden.

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur oder etwa im Feld Verbraucherschutz sind politische Herausforderungen, die einen Beitrag zur Entlastung leisten können. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt unserer weiteren Regierungsarbeit.

## Einwanderungs- und Integrationspolitik weiterdenken

Gerade wegen der Terroranschläge trete ich weiter für eine offene Gesellschaft ein - ohne Vorurteile gegenüber Muslimen in Deutschland oder Ressentiments gegenüber Flüchtlingen.

Ich bin viel unterwegs und spreche mit vielen Menschen. Was mich froh

macht, ist das Engagement mit dem so viele Menschen Flüchtlinge unterstützen. Sie brauchen unsere Hilfe und es ist gut, dass sie sie bekommen.

Die Fakten sind eindeutig, wie der aktuelle Migrationsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2013 und eine Bertelsmann-Studie, auf die bereits im vergangenen Newsletter hingewiesen habe, zeigen.



2013 sind 1,23 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert, 798.000 Menschen haben das Land verlas-

sen. Das ergibt einen Bevölkerungszuwachs von rund 430.000 Menschen. Angesichts der negativen demografischen Entwicklung und der zunehmenden Alterung ist Deutschland dringend auf diese Einwandererinnen und Einwanderer angewiesen.

Mehr als drei Viertel der Zuwanderer kommen aus einem europäischen Land – nicht aus muslimisch

geprägten Staaten des Nahen Ostens oder Nordafrikas. Hauptzuwandererland ist seit 1996 mit großem Abstand Polen; es folgen Rumänien und Italien. In die Türkei wandern seit Jahren mehr Menschen aus, als von dort nach Deutschland einwandern.

Die meisten Migrantinnen und Migranten verfügen über gute Qualifikationen und bringen die deutsche Wirtschaft voran. Dies trifft vor allem auch auf Migranten aus Rumänien und Bulgarien zu. Die Unterstellungen, diese Migranten seien „Armutszuwanderer“ und missbrauchten Deutschland als -„soziale Hängematte“, sind nicht durch Fakten gedeckt. Gerade bei Rumänen und Bulgaren ist die sozial-versicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland gestiegen.

Migration füllt die deutschen Sozialkassen und Haushalte: Pro Jahr zahlt jeder Ausländer im Schnitt 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben in Deutschland ein, als er an Transferleistungen erhält. Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass haben 2012 insgesamt einen Überschuss von 22 Milliarden Euro erarbeitet.

# Aus dem PARLAMENT



Ich bin deshalb der Meinung, wir sollten das Gespräch mit den Koalitionspartner über ein neues Einwanderungsgesetz suchen. Das verlangt Solidarität und Fürsorge von uns, aber auch der wirtschaftliche Verstand. Wir brauchen mittel- und langfristig eine hohe Zahl qualifizierter Einwanderer – allein schon, weil wir jedes Jahr 400.000 Arbeitnehmer ersetzen müssen, die mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden als eintreten. Einwanderung ist ökonomisch notwendig. Wer auf Einwanderung verzichten will, gefährdet unseren gesamten Wohlstand.

Unabhängig davon muss das Recht auf Asyl garantiert bleiben!

## LISAS POST AUS USA



**Rettet PPP!** Das Parlamentarische Partnerschafts-Programm ist ein Jugendaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, welcher 1983 zum 300. Jahrestag deutscher Einwanderung in die USA ins Leben gerufen wurde. Jedes Jahr dürfen 700 Schüler und junge

Berufstätige aus beiden Ländern als Junior-Botschafter für ein Jahr im jeweils anderen Land leben und dieses kennenlernen. Das Programm verändert nicht nur das Leben jedes einzelnen, sondern trägt auch zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen bei. Leider wurde erst kürzlich bekanntgegeben, dass die Finanzierung des PPPs von amerikanischer Seite um 50 % gekürzt werden soll. Um das Programm weiterhin zu erhalten, gibt es bereits eine Petition, die auch Ihr unter [www.saveppp.org](http://www.saveppp.org) unterstützen könnt. Danke für Eure Hilfe!

*Save CBYX! The Congress-Bundestag Youth Exchange is an exchange program between the United States and Germany. It was created in 1983 to mark the 300<sup>th</sup> anniversary of German immigration to the USA. Every year 700 students and young professionals from both countries live for a year as junior ambassadors in each other's country. This program not only changes the lives of each individual participant but also contributes to improving transatlantic relations. Unfortunately, it was recently announced that US funding will be reduced by 50 %. You can help encourage the US to fully fund the program by signing the petition at [www.savecbyx.org](http://www.savecbyx.org). Thank you for your support!*



## KURZ BERICHTET

### Bundesmittel für THW in Miltenberg und Marktheidenfeld

Die THW-Ortsverbände Miltenberg und Marktheidenfeld wurden in die Prioritätenliste für ein Sonderbauprogramm aufgenommen, das der Haushaltsausschuss des Bundestages im November beschlossen hat. Beide erhalten Mittel zur Sanierung ihrer KFZ-Hallen. Wer sich ehrenamtlich so engagiert wie die Helferinnen und Helfer des THW hat meines Erachtens auch Anspruch auf gute Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch eine gute Infrastruktur.

### Pflegestärkungsgesetz

Anfang Januar habe ich in Berlin den Chef der Caritas Erlenbach, Gerhard Schuhmacher getroffen. Er hat mich darauf hingewiesen, dass die Verbesserungen durch das neue Pflegestärkungsgesetz bei den Betroffenen nicht ausreichend bekannt sind. Mit der ersten Stufe der Pflegereform verbessern wir die Leistungen für die mehr als 2,6 Millionen Pflegebedürftigen, entlasten die etwa 3,5 Millionen pflegenden Angehörigen und schaffen bessere Arbeitsbedingungen für die rund 700.000 Beschäftigten im stationären und teilstationären Pflegebereich.

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Das **Pflegestärkungsgesetz II**, in dessen Mittelpunkt die Reform des Pflegebegriffs steht – von der SPD schon lange gefordert –, soll in diesem Jahr in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden.

und europarechtskonform sein. Und es muss sichergestellt sein, dass eine Mehrbelastung der inländischen Halterinnen und Halter ausgeschlossen ist.

Für die SPD in **Iphofen** sprach der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung über Dankbarkeit. Ich zitierte in meinem Grußwort Alexander von Humboldt, der gesagt hat:

"Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die der Leute, welche die Welt nie angeschaut haben".

Es war eine tolle Veranstaltung.

Von Iphofen ging es weiter nach **Schwebheim** bei Schweinfurt. Auch dort habe ich ein kurzes Grußwort gehalten und berichtet, wie ich vor zwei Wochen meine Weihnachtskrippe abgebaut habe: Nachdem ich alle Juden, Moslems und Araber verpackt hatte, blieben nur noch Ochs, Esel und Schafe übrig.

Deshalb: Lauft nicht den Falschen nach, sondern seid weltoffen und tolerant!

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Flüchtlinge und Asylbewerber habe ich zehn Asylbewerber und Dr. Hermann Burkard vom Gemündener **Netzwerk Asyl** zu einem Gespräch bei Kaffee und Tee in mein Bürgerbüro eingeladen.

Ich wollte aus erster Hand wissen, wie die Menschen, die in ihren Heimatländern wegen ihrer Religion



## VOR ORT UNTERWEGS

### PKW-Maut

Auf Vorschlag der CSU ist im Koalitionsvertrag die Einführung einer Infrastrukturabgabe vereinbart worden. Verkehrsminister Dobrindt hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Einführung einer elektronischen Vignette für deutsche und ausländische Autofahrer vorsieht. Für uns in der SPD-Bundestagsfraktion sind vor allem zwei Dinge entscheidend, die sich auch schon aus dem Koalitionsvertrag ergeben. Der Gesetzesentwurf muss verfassungs-

Auch im vergangenen Monat habe ich wieder viele Termine gehabt und bin zahlreichen Menschen begegnet. Hier eine kleine Auswahl meiner Termine:

Der Januar ist die Zeit der Neujahrsempfänge. Den Auftakt machte für mich 2015 die **SPD Würzburg/Würzburg-Land**. Ehrengast war Thorsten Schäfer-Gümbel, der vor ca. 700 Gästen eine richtig gute Rede hielt.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



verfolgt und mit der Todesstrafe bedroht wurden, sich hier bei uns einfinden.



Eines ihrer wichtigsten Anliegen ist die Verkürzung der Asylverfahren. Die Ungewissheit über die Zukunft und die Einschränkungen während des laufenden Verfahrens (z.B. fehlende Sprachkurse) machen ihnen das Leben unnötig schwer.

Am Würzburger Hauptbahnhof traf ich auf den **DGB**, der über den **Mindestlohn** informierte.



Eine tolle Aktion, die auch bei den Reisenden auf große Zustimmung stieß.



Der **Bezirksvorstand der UnterfrankenSPD** tagte im Januar auf Schloss Werneck. In der beeindruckenden Anlage sind ein Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin, ein Orthopädisches Krankenhaus, drei Pflegeheime und eine Krankenpflegeschule untergebracht. Vor Eintritt in die allgemeine Tagesordnung hat uns der leitende Pflegedirektor Thilo Staab die Einrichtung vorgestellt.

## BEGEGNUNGEN

In Berlin habe ich den EKD-Ratsvorsitzenden und Landesbischof **Heinrich Bedford-Strohm** getroffen. Unser Gesprächsthema: Sterbebegleitung.



Interessant war auch ein Treffen mit dem Botschafter von Großbritannien, **Sir Simon McDonald**.



Folge mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## GASTBEITRAG GEORG ROSENTHAL

**Würzburger Notärzte: Honorarreform gefährdet Einsatzsicherheit – Rosenthal verweist auf notfallmedizinischen Sicherstellungsauftrag des Zweckverbandes**

Seit Jahren klagen die Notärzte über eine mangelnde Finanzierung. Seit Anfang des Jahres sind sie auf dem Land besser gestellt. „Dies darf aber nicht auf Kosten der ÄrztInnen in der Stadt gehen“, sorgt sich Würzburgs Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal. Er reagiert damit auf die „Würzburger Erklärung“, mit der sich die Würzburger Notärzte an die Öffentlichkeit gewendet haben. Mit dem ungewöhnlichen Schritt fordern sie eine Überarbeitung der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Honorarreform für die Ärzte im Notarztdienst (NAD), die die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) und

die Krankenkassen beschlossen haben. Das neue Honorarsystem sieht eine Umverteilung der Notarzthonorare vor. Ziel ist eine Besserstellung von eher einsatzschwachen, zumeist ländlichen Regionen – auf Kosten einsatzstarker Regionen wie etwa Würzburg.

„Wenn es dabei bleibt, werden wir erhebliche Schwierigkeiten bekommen, Notärzte zu finden, die rund um die Uhr den Notarztdienst in Würzburg aufrecht erhalten“, stellt Thomas Jarausch als Sprecher der Würzburger Notärzte fest. Er geht davon aus, dass dies in den kommenden Wochen auch gelingen werde. Mittelfristig sei allerdings nicht zu garantieren, dass sich ausreichend Kollegen finden. Gerade erfahrene Notärzte hätten ernsthaft versichert, dass sie unter den aktuellen Bedingungen ganz aus dem Notarztdienst ausscheiden.

In der „Würzburger Erklärung“ nennen die Mediziner auch Zahlen: Für einen Einsatz gibt es derzeit 45 Euro, egal ob Tag- oder Nachteinsatz. Gravierend ist vor allem die Kürzung bei Einsätzen zu Spitzenzeiten, bei denen ein Bereitschaftsarzt aus seinem Praxisdienst heraus alarmiert wird: Statt bis zu 150 Euro gibt es derzeit

nur noch 70 Euro. Eine Kilometervergütung bei Einsatzfahrten mit dem Privat-Pkw entfällt ganz. „Wir als Notärzte haben keine Möglichkeiten auf die Straße zu gehen, Streiks sind bei uns nicht drin“, begründet Jarausch den Appell der Ärzte.

Verständnis für den Unmut der Notfallmediziner zeigt Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal. Zwar begrüßt er die seit langem geforderte bessere Finanzierung des Notfalldienstes auf dem Land. Doch auch er befürchtet, dass an städtischen Standorten wie Würzburg die Einsatzbereitschaft gefährdet ist. „Eine allseits verträgliche Einigung für die Notärzte, gleich ob auf dem Land oder in der Stadt, muss das Ziel sein“, sagt er. „Es darf nicht zu einem Verteilungskampf, der auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird, kommen.“

In erster Linie seien hier, so Rosenthal, die ärztliche Selbstverwaltung und die Krankenkassen gefordert. Er verweist in diesem Zusammenhang jedoch auch auf den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag des Zweckverbandes für den Rettungsdienst Würzburg, dem der Landkreis Würzburg, die Stadt Würzburg sowie die Landkreise Kitzingen und Main-Spessart angehören.